

V-02 Verschiedenes

Antragsteller*in: Omid Nouripour

Iran: Nukleardeal erhalten, Syrienpolitik entgegenreten

1 Die immer wieder aufflammenden Proteste im Iran haben gezeigt, dass die Menschen
2 mit der Lage im Land unzufrieden sind: die Menschenrechtssituation hat sich
3 entgegen der Versprechen von Präsident Rouhani nicht gebessert, ebensowenig wie
4 die wirtschaftliche Lage weiter Teile der Bevölkerung. Intransparenz, Korruption
5 und die Vorherrschaft der Revolutionsgarden blockieren den Wandel zu einer
6 offenen und gerechten Wirtschaft. Die Verwicklung des Landes in zahlreiche
7 Regionalkonflikte, allen voran in Syrien, führen nicht nur zu großem
8 menschlichen Leid in diesen Ländern, sie verschlingt auch immense Ressourcen.

9 Der Umgang mit dem Iran bleibt angesichts dieser Umstände eine große
10 Herausforderung. Umso wichtiger ist es, dass mit dem Nuklearabkommen das Risiko
11 einer atomaren Bewaffnung der Islamischen Republik auf ein beherrschbares Maß
12 reduziert wurde. Ein atomar bewaffneter Iran würde die konfliktreiche Lage in
13 der Region weiter verschlechtern, birgt die Gefahr eines nuklearen
14 Rüstungswettlaufs und wäre eine Bedrohung für die Sicherheit Israels. Das
15 Nuklearabkommen war ein wichtiger Erfolg der internationalen Diplomatie und eine
16 Stärkung des Nichtverbreitungsregimes für Massenvernichtungswaffen.

17 Wir plädieren deshalb an die Bundesregierung, sich im Rahmen der Europäischen
18 Union für einen Erhalt des Abkommens einzusetzen. Europa muss der Regierung
19 Trump gegenüber deutlich machen, dass ein grundloser Bruch des Abkommens ein
20 Zeichen der Schwäche wäre und die politische Glaubwürdigkeit der
21 transatlantischen Partnerschaft schwer beschädigen würde. Für den Fall, dass die
22 Regierung Trump das Abkommen verlässt, muss sich die Europäische Union gemeinsam
23 mit den anderen Signatarstaaten (China, Russland, Frankreich und Großbritannien)
24 für einen Erhalt des Kontrollregimes einsetzen. Im Gegenzug muss sie Maßnahmen
25 ergreifen, die die Wirkung der US-amerikanischen Sekundärsanktionen für
26 europäische Unternehmen minimieren und wirtschaftliche Aktivitäten im erlaubten
27 Rahmen absichern. Die Debatten rund um den Umgang mit dem iranischen
28 Atomprogramm zeigen einmal mehr, wie wichtig es ist, auf eine einheitliche und
29 handlungsfähige europäische Außenpolitik hinzuarbeiten.

30 Der Erhalt des Nuklearabkommens ist aber kein Selbstzweck. Er entbindet
31 Deutschland und Europa nicht davon, der iranischen Regionalpolitik kritisch
32 entgegenzutreten. Ganz im Gegenteil: Die Entwicklungen in Syrien, allen voran
33 die verheerende Kampagne des Assad-Regimes in Ost-Ghouta und die starken
34 Indizien für Giftgasangriffe des Regimes zeigen, dass Europa seine Verantwortung
35 für Sicherheit und Menschenrechte in seiner Nachbarregion endlich deutlich
36 wahrnehmen muss. Dazu gehören vor allem humanitäre Hilfe, um das unermessliche
37 Leid in Syrien zu mindern, und die Dokumentation der unzähligen
38 Kriegsverbrechen, um eine internationale Strafverfolgung sicherzustellen. Auch
39 im Jemen trägt der Iran mit seiner Unterstützung der Houthi-Milizen zu einer
40 weiteren Eskalation des durch die brutale Kriegsführung der saudischen
41 Militärallianz geprägten Kriegs bei. Seine fortgesetzten Drohungen gegen Israel

42 und seine Destabilisierungspolitik durch die Unterstützung von Milizen wie der
43 Hesbollah können wir nicht hinnehmen. Die Bundesregierung muss daher gemeinsam
44 mit ihren Partnern, auch in den USA, an Maßnahmen arbeiten, die die
45 Verantwortlichen für diese Politik im Iran ins Visier nehmen. Wo der Iran mit
46 seinem Raketenprogramm gegen Beschlüsse der Vereinten Nationen verstößt, ist
47 eine klare Antwort der internationalen Gemeinschaft gefordert, an der auch
48 Deutschland mitwirken muss. Ebenso muss die Bundesregierung Lieferung von Dual-
49 Use-Gütern strenger prüfen, damit deutsche Technologie keinen Beitrag zur
50 iranischen Rüstung liefern kann. Bei der aktuellen Überarbeitung der
51 europäischen Dual-Use Verordnung ist eine starke Menschenrechtsklausel daher
52 unverzichtbar.

53 Die Lage der Menschenrechte im Iran ist nach wie vor schlecht. Ohne eine klare
54 Entwicklung hin zu Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Selbstbestimmung
55 kann es keine Normalisierung der Beziehungen mit dem Iran geben. Dies gilt auch
56 für die wirtschaftlichen Beziehungen. Die Bundesregierung muss dies gegenüber
57 ihren iranischen GesprächspartnerInnen deutlich machen. Sie muss all diejenigen,
58 die sich für Freiheitsrechte im Iran einsetzen, nach allen Kräften unterstützen.
59 Dazu gehört auch die „public diplomacy“: Holocaustleugner, Vertreter des
60 Unrechtssystems und Verantwortliche für Menschenrechtsvergehen dürfen durch
61 Vertreter der Bundesregierung nicht aufgewertet und legitimiert werden.

62 Diese Politik gegenüber dem Iran muss Teil einer konstruktiven Regionalpolitik
63 sein. Der schwelende Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran ist für einen
64 Teil der regionalen Probleme verantwortlich. Deutschland muss in seiner
65 Außenpolitik beide Staaten mit gleichem Maß messen. Dazu gehört es aber auch,
66 Saudi-Arabien angesichts seiner Kriegsführung im Jemen und seiner langjährigen
67 Unterstützung für die wahhabitische Ausprägung des Islams ebenso wenig mit
68 Waffen zu beliefern wie den Iran. Es ist unverzichtbar, den Gesprächsfaden mit
69 beiden Seiten aufrechtzuerhalten und zu stärken. Die Kooperation mit der
70 privaten Wirtschaft, der wissenschaftliche Austausch und der
71 zivilgesellschaftliche Dialog sind unverzichtbare Grundlagen für einen
72 langfristigen Wandel. Deutschland kann eine Vermittlerrolle spielen und muss
73 diese Verantwortung gemeinsam mit seinen Partnern annehmen. Die Sicherheit
74 Israels und eine Zwei-Staaten-Regelung des Konflikts mit den Palästinensern
75 gehören dabei zu den unverrückbaren Grundsätzen.

76 Wir fordern:

- 77 1. Den Erhalt des Atomdeals mit dem Iran und einen konstruktiven Dialog mit
78 den Partnern in den USA und Europa über ihre Sorgen angesichts des
79 iranischen Raketenprogramms.
- 80 2. Im Falle eines Ausstiegs der USA aus dem Deal eine gemeinsame Initiative
81 der anderen Signatarstaaten zur Erhaltung des Kontrollregimes im Iran.
- 82 3. Ein deutliches Signal der Europäischen Union und gezielte Sanktionen gegen
83 iranische Militärberater und Elitesoldaten der Quds-Brigaden, die die
84 Verbrechen des Assad-Regimes in Syrien unterstützen.
- 85 4. Eine europäische Initiative zur Behebung der Krisen in der Region, die
86 sowohl die verheerende iranische Regionalpolitik adressiert wie die
87 aggressive Politik Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate
88 im Jemen und sich als Vermittlerin anbietet, auch im Konflikt zwischen
89 Qatar und den anderen Golfstaaten.

- 90 5. Einen deutlichen Einsatz für Menschenrechte im Iran und ein klares
91 Ansprechen von Verstößen statt Rabatten mit der vorgeschobenen Begründung
92 des Atomdeals oder möglicher wirtschaftlicher Interessen.
- 93 6. Ein weiterhin klares Bekenntnis zur Sicherheit Israels gegenüber den
94 Drohungen und Destabilisierungsbemühungen des Iran.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Durch den Giftgaseinsatz in Douma in der vergangenen Woche spitzt sich die Konfrontation der direkt oder indirekt am Syrienkrieg beteiligten Staaten weiter zu. Das birgt die akute Gefahr, dass auch die Spannungen zwischen den USA und Iran steigen, was die Trump-Administration zu einem schnelleren Bruch des – eigentlich inhaltlich unabhängigen – Atomabkommens verleiten könnte. Deswegen ist es dringend geboten, dass wir eine klare Position sowohl zur iranischen Syrienpolitik als auch zum Atomabkommen verabschieden.

weitere Antragsteller*innen

Sara Nanni (Münster KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Mona Neubaur (Düsseldorf KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV)